

Der Heimat  
und dem Volk  
verpflichtet!

Sonderausgabe

# Der Ordnungsruf

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

## NPD-Fraktion spricht Klartext im Landtag

Die Systemmedien behaupten, daß die NPD im Landtag nichts bewirken würde. Das hält einer Überprüfung nicht stand. Aufgabe der Opposition in einer parlamentarischen Demokratie ist es, die Regierung zu kontrollieren, zu kritisieren und vor allem ein Alternativprogramm anzubieten – genau das macht die NPD. Sie greift die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Probleme im Land auf und formuliert Auswege aus der herrschenden Krise.

Natürlich verweigern sich die Herrschenden den volksnahen Vorschlägen der nationalen Opposition und lehnen diese regelmäßig in Blockpartei-Manier ab. Trotzdem läßt die NPD nicht nach und zeigt weiter nationale Alternativen zur asozialen Politik der Blockparteien auf.

Daß die nationale Opposition die Blockparteien damit mächtig ins Schwitzen bringt, beweist die Tatsache, daß NPD-Anträge als Plagiate eingebracht werden. Dies begann schon kurz nach dem Landtagseinzug. Den NPD-Antrag gegen den Braunkohleabbau in Lübbtheen lehnten die Alt-Kader mit fadenscheiniger Begründung ab, um ihn jedoch kur-

ze Zeit später in ähnlicher Form erneut einzubringen. So konnten alle Fraktionen „korrekt“ zustimmen. Ähnlich sieht es bei den Anträgen der NPD zum Schutz der Alten in Heimen, für ein Zentralregister für Sexualstraftäter und zur verpflichtenden Voruntersuchung von Kindern aus. Weitere Beispiele sind das Nichtraucherschutzgesetz oder der Umgang mit dem

Kormoran-Bestand, der den Fischern im Land in seinem jetzigen Umfang schadet.

Doch auch mit ihren außerparlamentarischen Aktionen übt die nationale Opposition Druck aus. So bietet die Landesregierung seit Mitte des letzten Jahres Rechtsberatung für Arbeitslose an. Als Grund führte die CDU-Justizministerin des Landes die Hartz-IV-Beratungen in den NPD-Bürgerbüros an. So funktioniert Oppositionsarbeit! Zwar kann man nicht selbst regieren. Es ist aber möglich, die Regierung vor sich her zu treiben. Ohne die Initiativen der NPD-Fraktion, wären die Etablierten auf derartige Ideen nicht gekommen.

Die Wahl hat sich also gelohnt!



### Kommentar



Liebe Landsleute,

als am Wahlabend des 17. September 2006 feststand, daß die NPD in den Landtag einziehen würde, spuckten Systempolitiker und Medien Gift und Galle. Knapp 60.000 Wählerinnen und Wähler machten damals ihr Kreuz bei der nationalen Opposition und setzten so ein Zeichen gegen die volkszerstörende Politik der Versager-Parteien.

Den Wählerwillen wollen die Herrschenden bis heute nicht akzeptieren. Mit Taschenspieler-Tricks versuchen die Etablierten, die Arbeit meiner Fraktion zu behindern. So wurde extra unsererwegen die Geschäftsordnung des Landtages so abgeändert, daß nicht einmal mehr geheime Abstimmungen möglich sind.

Doch ehrlich gesagt, solche Regelungen lassen uns kalt. Wir nehmen unseren Wählerauftrag ernst und sind trotz „Unterzahl“ bemüht, nationale und soziale Alternativen aufzuzeigen. Das peinliche Fehlver-

halten der Blockparteien zeigt doch nur, daß die NPD offenbar richtig liegt.

Das beweist auch die stark gefilterte Berichterstattung der Medien. Sie versuchen, durch Weglassen, ein völlig falsches Bild über uns und unser Wollen zu zeichnen. Die Verdrehungen und Lügen lösen sich durch unsere Öffentlichkeitsarbeit mehr und mehr in Luft auf.

Dieser Informationsoffensive dienen auch unsere Bürgerbüros. In ihnen können sie sich nicht nur über die Arbeit der NPD-Fraktion informieren: Wir stehen Ihnen bei Problemen mit Rat und Tat zur Seite. So bieten wir regelmäßig Hartz-IV-Sprechstage an und helfen Ihnen bei Problemen mit Behörden.

Diese Sonderausgabe des Ordnungsrufes will Ihnen einen kleinen Einblick in unsere bisherige Fraktionsarbeit geben.

Ihr  
**Udo Pastörs**  
-Fraktionsvorsitzender-

Seit dem Einzug der NPD in den Landtag verbreiten die Altparteien das Märchen, die nationale Opposition schade dem Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist eine Lüge, wie sich durch Fakten belegen läßt. Im Jahr 2007 - also ein Jahr nach dem NPD-Einzug - stieg die Zahl der Übernachtungen um 6,3 Prozent und war damit das bislang erfolgreichste Jahr. 2008 übertraf das bisherige Rekordjahr noch einmal. Die NPD schadet dem Tourismus also nicht, sondern scheint ihm eher zu nützen.

Die Blockparteien sind Verlierer, weil sie sich nur durch Lügen an der Macht halten können, die von den gleichgeschalteten Medien verbreitet werden.



Verlierer

### Gewinner



Die Nationalen arbeiten mit ungebrochenem Willen für die Sache des Volkes. Alle Beschneidungen, Hindernisse und Ausgrenzungen durch die Blockparteien gehen letztlich ins Leere. Denn Ausgrenzungen bestärken die NPD nur. Wir wollen gar nicht zu dieser Riege der aalglatten Politbonzen gehören.

Die Arbeitsleistung der NPD-Fraktion kann sich sehen lassen. Mit insgesamt 926 parlamentarischen Initiativen (Stand 02.03.09) liegen wir im Vergleich mit den übrigen „Oppositions“-Parteien nicht nur weit vor der FDP (379), sondern auch der Linken (474), die immerhin mit mehr als doppelt so vielen Abgeordneten im Landtag vertreten ist.

## Die Bilanz der herrschenden Alt-Parteien

Die Auswirkungen der „politischen Arbeit“ der Alt-Parteien sind in Mecklenburg und Vorpommern besonders deutlich zu spüren: Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsschwund, mit allen dazu gehörenden Begleiterscheinungen.

Lebten 1991 in Mecklenburg und Vorpommern noch knapp 1,9 Millionen Menschen, sind es heute nur noch 1,65 Millionen. Immer mehr junge Leute verlassen unsere Heimat, um andernorts Arbeit zu finden. Darüber hinaus sterben jährlich über 5.000 Menschen mehr, als Kinder geboren werden. Die Bevölkerungspyramide ist schon längst auf den Kopf gestellt.

Mit ihrer Leuchtturmpolitik finden die wechselnden Regierungskoalitionen keine Antworten auf diese

drängenden Probleme. Weder die rot-rote Koalition aus SPD und PDS (Die Linke), noch die rot-schwarze aus SPD und CDU.

Trotz und gerade wegen dieser negativen Bilanz sind wir angetreten, den verbrauchten Kadern der Alt-Parteien auf die Finger zu (sc)hauen und unserem Volk eine Alternative zum politischen Einerlei der selbsternannten Demokraten aufzuzeigen.

Mehr als einmal haben wir im Landtag das Thema Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung gesetzt. Beispielsweise, als die NPD-Fraktion eine wirklichkeitstreuere Arbeitslosenstatistik forderten. Denn durch die Manipulation der Arbeitslosenzahlen biegen sich die Verantwortlichen die Wirklichkeit so zurecht, wie sie diese gern hätten. Die Erfassung der Arbeitslosen



wurde in den vergangenen Jahren mehrfach geändert. Wer beispielsweise nur einen Tag in einem Erfassungszeitraum krankgeschrieben ist, fällt aus der Statistik. Ebenfalls werden sogenannte Ein-Euro-Jobber, ABM-Kräfte, Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen und dergleichen in der Statistik nicht mehr als Arbeitslose geführt. Auf diese Weise kommen dann die Meldungen zustande, in denen eine geringere Arbeitslosigkeit als 1990 verkündet wurde.

Wenn wir unterm Strich zusammenrechnen, stellen wir fest, daß es für die nationale Opposition im Landtag noch sehr viel zu tun gibt. Vor dieser Arbeit und den damit verbundenen notwendigen Veränderungen schrecken wir nicht zurück. Es geht um die Zukunft unseres Volkes und unserer Heimat. Das ist uns Motivation und Ziel zugleich.

www.npd-fraktion-mv.de







## Soziales und Gesundheit

„Wir leben in einer ‚Gesellschaft der kalten Herzen‘. Ein jeder kennt nur noch sich selbst und seine Probleme. Wir Nationalisten hingegen wollen die deutsche Volksgemeinschaft schaffen. Eine Gemeinschaft lebt von jedem Einzelnen, denn nur so kann in ihr eine lebendige und soziale Ordnung herrschen. Die Familie ist die kleinste Zelle des Volkes. In ihr werden die Grundsteine für das Gemeinwesen und die Zukunftsfähigkeit gelegt. Darum muß der Familie unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.“ *Stefan Köster*



## Bildung und Kultur

„Für uns Nationale ist der Bildungs- und Erziehungsweg ein Zusammenspiel aus Elternhaus und Schule. Der Staat hat dabei eine koordinierende Aufsichtsfunktion. Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein! Um alle im Volke schlummernden Kräfte zu wecken, muß der Zugang zu höherer Bildung auch Kindern aus weniger vermögenden Familien ermöglicht werden. Daher lehnen wir Studiengebühren ab! Die Zukunftsfähigkeit eines Volkes liegt in seiner Jugend und ihrer Bildung.“ *Birger Lüssow*

### GESUNDHEIT UND SOZIALES

## Hartz-Unrecht

Die Hartz-Gesetze sind ein sozialpolitisches Verbrechen. Kein Wunder, wurden sie doch von einem wegen Untreue vorbestraften Mann miterdacht – Peter Hartz.

Der Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Andrejewski war früher selbst Hartz-IV-Empfänger und hilft heute den Bürgern im Land bei ihren Problemen mit dem Arbeitsamt und anderen Behörden. Er sagt über die Hartz-„Reformen“: „Die sind nicht nur an sich unsinnig, sondern auch dermaßen widersprüchlich, daß kann einfach kein durchdachtes Konzept sein.“

Die NPD hat sich dem Wohl des Volkes verschrieben. Dementsprechend bekämpft sie die Hartz-Gesetze auch im Landtag. Mittlerweile haben die Nationalen 18 Anträge eingebracht, die Änderungen in den Sozialgesetzbüchern (SGB) vorsehen.

So hat die nationale Opposition unter anderem gefordert, das Renteneintrittsalter nicht auf 67 Jahre anzuheben. Diese arbeitsmarkt- und sozialpolitisch unverantwortliche Maß-

nahme ziehen zahlreiche Rentenkürzungen nach sich. Der zunehmenden Altersarmut wurden so Tür und Tor geöffnet.

Darüber hinaus beantragten die Nationalen, daß von einigen Kommunen gezahlte Neugeborenen-Begrüßungsgeld nicht auf Hartz-IV anzurechnen. Ebenso sprach sich die NPD gegen das Job-Nomadentum aus und verlangte eine entsprechende Bundesratsinitiative, damit junge Menschen für einen Arbeitsplatz nicht ihre Heimat verlassen müssen.

Natürlich lehnten die Blockparteien alle Forderungen auf Veränderung der Hartz-Gesetze ab.

Besonders die Linke zeigt hier ihr wahres pseudo-soziales Gesicht. Die Mecklenburger und Pommern hingegen merken zunehmend, von wem sie wirklich Hilfe erwarten können.“

**Michael Andrejewski**  
„Hartz-IV-Experte“



## Kinderschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe Vernachlässigung des Nachwuchses wirksam entgegnet

Das tragische Schicksal der kleinen Lea Sophie aus Schwerin im November 2007 erregte über die Landesgrenzen hinaus die Gemüter. Die Eltern vernachlässigten das Kind damals monatelang, so daß es letztendlich verhungerte und verdurstete. Bis heute ist dieses traurige Kinderschicksal nicht vergessen.

Die NPD-Fraktion erarbeitete bereits ein halbes Jahr vor diesem Unglück einen Gesetzentwurf, den Stefan Köster im Landtag vorstellte: Früherkennungs-Untersu-



**Stefan Köster**  
sozialpolitischer Sprecher

chungen sollen für Kinder bis zum Schuleintrittsalter zur

Pflicht werden, so der Kernsatz. Fälle von Vernachlässigung und Fehlentwicklung könnten so besser erkannt werden. Die Blockparteien lehnten den Entwurf ab – natürlich, weil er von der NPD eingebracht worden war. Sie wollten stattdessen einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, der dann aber lange auf sich warten ließ.

Im Sozialausschuß des Landtages gab es sogar eine Expertenanhörung, in der fast alle Sachverständigen die von der NPD vertretene Auf-

fassung nach obligatorischen Vorsorgeuntersuchungen bestätigten. Die Fachleute sagten außerdem, daß der Gesetzentwurf der Landesregierung, der erst auf Druck der NPD zustande kam, unausgegoren ist. Anstatt endlich zum Wohle der Kinder zu handeln, verschenkten die Etablierten noch mehr Zeit mit endlos langen Debatten.

Hätten die Vertreter der Versager-Parteien einmal ihr Parteibuch hintenan gestellt, wäre das zum Wohl der Kinder gewesen.



**Nachtrag:** Auf die Frage nach der Zahl vorbestrafter Kinderschänder in Mecklenburg und Pommern, antwortete die Regierung: „Für die [...] Straftäter besteht keine besondere Meldepflicht.“

## Zentralregister für Sexualstraftäter

Vor dem Hintergrund immer neuer Fälle von Kindesmißbrauch in Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche beantragte die nationale Opposition die Einrichtung eines Zentralregisters für Sexualstraftäter.

Damit sollte sichergestellt werden, daß die Verantwortlichen auch

in Sportvereinen, bei den Jugend-Feuerwehren und in anderen Organisationen, die mit Kinder- und Jugendarbeit betraut sind, prüfen können, ob Mitarbeiter und Bewerber für diesen Bereich einschlägig registriert sind.

Obwohl es ein solches Register bereits in anderen Bundesländern gibt, lehnten die Alt-Parteien den

Antrag ab. Dabei haben gerade Wissenschaftler vor dem besonders hohen Rückfallrisiko von Sexualstraftätern gewarnt. Die Etablierten verschließen aber lieber die Augen vor wirksamen Lösungen. Ihre Betroffenheit, wenn wieder ein Kind einem wegen Sexualdelikte vorbestraften Täter zum Opfer fällt, kann man dann getrost als Heuchelei bezeichnen.

### BILDUNG UND KULTUR

## Die Schule im Dorf lassen

Im Gegensatz zu CDU/SPD/LINKE/FDP hat die NPD ihre Forderungen aus dem Wahlprogramm nicht vergessen. Sie forderte schon während des Landtagswahlkampfes im Sommer 2006 ländliche Schulen zu erhalten und brachte dieses Thema bereits mehrfach in den Landtag ein.

Die Blockparteien schauen dem Schul-Sterben und dem Ausbluten der Regionen hingegen nur zu. Wenn die eine Verwaltungseinheit stirbt, dann macht man eben größere Kreise. Wenn die kleine Schule stirbt, dann werden Schulzentren errichtet.

Deshalb forderte Birger Lüssow für die NPD-Fraktion die Landesregierung auf, ein Programm zum Erhalt der ländlichen Schulstrukturen zu erarbeiten. Die Landesregierung, so die Meinung Lüssows, müsse endlich die Aufgabe wahrnehmen, die ihr die Verfassung zuschreibe. Regierungen seien gewählt, um die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Dies aber vermisste man bei der amtierenden Regierung.

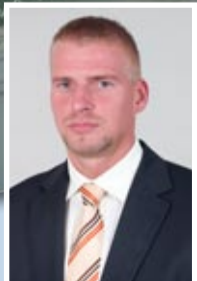
Die Abgeordneten der Alt-Parteien erachten ein Schul-Sicherungskonzept jedoch für überflüssig. Statt eines notwendigen Gesamtkonzeptes zum Erhalt der bildungspolitischen Infrastruktur wird die Regierung nun nach dem Willen der Blockparteien auch zukünftig planlos herum operieren.

### Schluß mit dem Streß durch lange Schulwege

Neben der Verschlechterung der Unterrichtsqualität durch Schulschließungen sind es vor allem die daraus resultierenden langen Schulwege, die eine enorme Belastung für unsere Kinder darstellen. Fahrzeiten von mehr als einer Stunde sind schon heute keine Ausnahme mehr und werden künftig weiter zunehmen. Die langen Schulwege sind nicht nur eine extreme Belastung, sondern bedeuten auch eine

erhebliche Gefahr für unsere Kinder.

Die Nationalen forderten deshalb in einem Antrag, die wohnort-



**Birger Lüssow**  
bildungspolitischer Sprecher

nahen Schulen zu erhalten. Gleichzeitig machten sie sich für eine verbesserte Unterrichtsqualität und eine gesetzlich verankerte Beförderungszeit von höchstens 45 Minuten stark.

Die Altparteien aber zeigten ihre familienunfreundliches Gesicht und wischten die Vorschläge ohne stichhaltige Argumente vom Tisch.

## Unser Land bald ohne Lehrer?

Nicht, wenn es nach dem Willen der nationalen Opposition geht. Studien sagten schon lange voraus, daß es bereits ab 2003 einen Lehrermangel in M-V geben würde. Insbesondere für die naturwissenschaftlichen Fächer und generell für Berufs- sowie Grundschulen wurde ein erhebliches Defizit prognostiziert. Aber nichts wurde getan!

Immer mehr Lehrer sehen in unserem Bundesland für sich keine Zukunft. Anderenorts wird der Beruf nicht nur geachtet, sondern auch dem-

entsprechend vergütet. Der vielbeschworene „kooperative Föderalismus“ (O-Ton des Bildungsministers Tesch, CDU) wurde zum jeweils eigenen Vorteil der einzelnen Bundesländer außer Kraft gesetzt. Das führte zur ausufernden Abwerbung junger Lehrer. Die Kultusministerien machen sich die begehrten Fachkräfte gegenseitig abspenstig.

Wirksame Gegenmaßnahmen erfordern Entscheidungsfreudigkeit, um auch zukünftig den Heranwachsenden und der Studentenschaft genügend Fachlehrer und Pädagogen an die Seite stellen zu können. Deshalb fordert die NPD-Fraktion:

► Qualifizierte Lehrer, die an öffentlichen Schulen mindestens zehn Jahre tätig wa-

ren, erhalten automatisch die Option einer Verbeamtung;

► fehlen sie, so sind unverzüglich berufsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen;

► die momentan teilzeitbeschäftigten Lehrer sind dadurch beschleunigt in eine vollzeitliche Anstellung zu bringen;

► dies gilt ebenso für motivierte Quereinsteiger, die gerade in „Mangelfächern“ für den Unterricht gewonnen werden sollen;

► der Lehrerberuf muß endlich anerkannt und mit Kampagnen im Ansehen aufgewertet werden;

► Unterrichtsmaterial muß auf den aktuellsten Stand gebracht werden.

Die Etablierten verschlossen sich diesen zukunftssichernden Forderungen.

## Flucht und Vertreibung

In deutschen Geschichtsbüchern findet das Schicksal der deutschen Vertriebenen während und nach dem Zweiten Weltkrieg so gut wie nicht statt. Mit dem Antrag „Flucht und Vertreibung der Deutschen im Unterricht angemessen behandeln“ forderte die NPD die Landes-

regierung auf, das Thema verpflichtend in den Lehrplan einzubauen

Nur um zu verhindern, daß die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße als völkerrechtswidriger Akt dargestellt wird, bedienten sich

die „Demokraten“ fauler Ausreden wie „Aufrechnen der Opfer“ und „Alleinkriegsschuld“. Es paßt eben nicht in das Weltbild der Herrschenden, wenn Deutsche plötzlich keine „Täter“ mehr sind.







## Wirtschaft

„Die Wirtschaft hat ebenso wie Staat und Politik dem Volke zu dienen. Oberstes Ziel und vorherrschender Grundsatz ist seine Bedarfsdeckung. Wir Nationalisten sagen, daß so, wie Eltern Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, auch Unternehmer Verantwortung für ihre Arbeiter, deren Familien und ihr Land übernehmen müssen. Der tragende Pfeiler einer Volkswirtschaft ist der gesunde Mittelstand. Ihm gilt unsere besondere Beachtung! Wir fordern eine Regionalisierung der Wirtschaft.“ *Michael Andrejewski*



## Inneres und Sicherheit

„Eine Gemeinschaft definiert sich durch Gemeinsamkeiten nach innen und Unterschiede nach außen. Völker sind unterschiedlich in ihrem Wesen und Charakter. Schmelztiegelartige Gesellschaften ziehen soziale, kulturelle und religiöse Kriege nach sich. Um unsere Heimat wieder aufzubauen, sie mit Leben zu erfüllen und die dringlichen Probleme zu lösen, bedarf es eines Gefühls der Geborgenheit. Wer sich gegen das Wohl der Gemeinschaft vergeht, muß hart bestraft werden.“ *Tino Müller*

### WIRTSCHAFTSPOLITIK

## Privatisierung stoppen

Privatisierung ist Diebstahl - Diebstahl am Volk! Der Staat hat nicht das Recht, öffentliches Eigentum, das durch den Einsatz und die Steuergelder des Volkes geschaffen wurde, zu verscherbeln. Erst Recht nicht, um damit Haushaltslöcher zu stopfen, die selbst verursacht wurden und werden.

Die NPD-Fraktion wehrt sich auch im Parlament gegen den Verkauf von Volkseigentum. Bereits zweimal stellte sie einen Antrag gegen die Privatisierung der Bahn.

Ziel war es, den geplanten Gang auf das rutschige Börsenparkett zu verhindern. Mit dem Versuch der Re-Nationalisierung der großen Energie-Konzerne lief sie gegen die neoliberalen Ausbeutung auch in diesem Bereich Sturm.

Die Sicherstellung der Grundversorgung ist und bleibt Aufgabe des Staates. Das sehen die Altparteien anders. Sie sind für Preiserhöhungen bei der Grundversorgung, zu Lasten des Volkes, verantwortlich.

## Finanzkrise beenden

Das Versagen des Kapitalismus gipfelt in der „Banken- und Finanzkrise“. Mehr als 500 Milliarden Euro steckte die Bundesregierung bereits in die Rettung der Banken. Dieses Geld wäre besser in der Förderung der Volkswirtschaft zur Schaffung neuer Arbeitsplätze aufgehoben.

Das ganze Börsensystem gleicht einem überdimensionalen Spielcasino, in dem Wetten abgeschlossen werden. Was wir durch harte Arbeit Tag für Tag verdienen und ansparen, wird von den

Banken verspekuliert. Geldinstitute vergeben Kredite, und finanzieren Geschäfte. Man spekuliert auf dem Börsenparkett mit Geldmengen, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Die nationale Opposition forderte eine Verstaatlichung der Banken. Der Staat und seine durch das Volk legitimierten Institutionen müssen die Finanzströme kontrollieren. Gewinne haben der Gemeinschaft zugute zu kommen und nicht den Börsenspekulanten.

## Wirtschaftsförderung zukunftsfähig gestalten

Wir kennen sie zur Genüge: jene Absahner, die zum Teil fürstliche Investitionszulagen erhalten, um dann nichts als verbrannte Erde zu hinterlassen. Oder auch jene Politbonzen, die bereit sind, nahezu jede auf EU-Ebene gefällte Entscheidung in die Tat umzusetzen. Gleich zwei Skandale dieser Art ereigneten sich in MV: Die Zuckerfabrik Güstrow (100 Beschäftigte) sowie der CD-/DVD-Hersteller „Optical Disc Service“ (ODS) Dassow (1.100 Beschäftigte) schlossen die Pforten.

Ein schlimmes Beispiel für nahezu ungehemmten Fördermittelgenuß ohne Einflußmöglichkeit des Landes ist ODS Dassow. Die jetzige Landesregierung wie auch ihre rot-rote Vorgängerin wußten offenbar mehr über die Schwierigkeiten von ODS, als sie zunächst zuzugeben bereit waren. Werksboß Wilhelm F. Mittrich setzte in der Vergangenheit mehrere Projekte in den Sand, wovon kein Landespolitiker gewußt haben will. ODS erhielt über die Jahre mindestens 73 Mio. Euro Zuschüsse vom Land.



Das ehemalige Werkstor der Zuckerfabrik Güstrow

Niedrige Löhne wurden streckenweise vom Arbeitsamt noch bezuschußt. Am Tag der vorerst letzten Mitarbeiterversammlung war die NPD als einzige politische Kraft vor Ort, um Flagge zu zeigen.

Der „Standort“ Güstrow wurde direktes Opfer der brüsselhörigen Politik des Altparteien-Kartells. Als Schlag ins Kontor erwies sich dabei die Zuckermarktverordnung von 2005: Quotenreduzierung, Herabsetzung des Rüben- und Zuckerpreises und Öffnung des EU-Marktes für die Dritte Welt, was auch heißt: Schließung von Standorten. In Güstrow flossen somit 200 Mio. Euro Investitionen (30 Mio. davon

Steuergeld) schlichtweg umsonst. Gelackmeierte in allen Fällen: Mitarbeiter, Rübenbauern, andere Dienstleister und deren Familien.

Als Geldgeber sind Bund und Länder also immer willkommen. Direkt zu sagen haben sie nichts. „Wirtschaftsförderung zukunftsfähig gestalten – De-Industrialisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern stoppen, Standorte Dassow und Güstrow erhalten“, lautete ein von der NPD-Fraktion eingebrachter Antrag. Verbunden war er mit der Aufforderung an die Landesregierung, „statt einer Subvention eine Eigentumsbeteiligung an Unternehmen anzustreben“. Abgelehnt!

NPD fordert:

7%

Mittelstand fördern

Der Aufschwung, den die Herrschenden immer wieder so gern herbeireden, kommt nicht nur beim Bürger, sondern auch bei klein- und mittelständischen Unternehmen nicht an. Die NPD-Fraktion stellte einen Antrag zur Wiederbelebung der mittelständischen Wirtschaft. Die Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes für konsumnahe und arbeitsintensive Dienstleistungen, die vor allem die Bereiche des Handwerks, der haushaltsnahen Dienstleistungen und das Gastgewerbe betreffen, sollte auf Bundesratsinitiative deutschlandweit zur Anwendung kommen.

Mit 7 Prozent Mehrwertsteuer anstelle der bisherigen 19 Prozent würden nicht nur besagte Wirtschaftszweige gefördert, sondern zudem ein erheblicher Beitrag zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze geleistet. Dieser Ansicht folgten die Blockparteien nicht.

### INNERES UND SICHERHEIT

## Grenzen dicht für Lohndrücker und Asylbetrüger

Im Gespräch mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Tino Müller

**Herr Müller, am 21. Dezember 2007 fielen die stationären Grenzkontrollen zur Republik Polen weg. Was hatte das zur Folge?**

Es kam zu einem Anwachsen illegaler Grenzübertreitte, die Kriminalität in den Grenzregion stieg und natürlich blieb der von dem Systemlingen versprochene Aufschwung mal wieder aus. Stattdessen werden Polen Fördergelder regelrecht hinterhergeworfen. Leider hört man von offizieller Seite herzlich wenig darüber. In der offiziellen Berichterstattung findet man kaum noch Meldungen zu den genannten Punkten.

**Welche Vorsorge hat ihre Fraktion im Vorfeld gegen die totale Grenzöffnung unternommen?**

Wir Nationalen haben bereits vor dem 1. Mai 2004 vor EU-Osterweiterung und der totalen Grenzöffnung gewarnt. All das, was wir

damals vorausgesagt haben ist eingetroffen.

Meine Fraktion brachte noch vor der totalen Grenzöffnung am 21. Dezember 2007 einen Antrag für die Beibehaltung der stationären Kontrollen ein. Wir forderten, daß nicht nur die Grenzen geschlossen bleiben, sondern auch, daß der Beschäftigungsabbau bei der Bundespolizei gestoppt wird. Eine weitere Forderung lautete, daß der Öffentlichkeit monatweise ein Bericht über die Kriminalitätsentwicklung vorzulegen ist. Die Blockparteien, in ihrer Jubellaune sichtlich gestört, lehnten diesen Antrag ab.

**Sie sagten vorhin, daß man von offizieller Seite wenig hört. Wie muß man das verstehen?**

Ganz einfach: es ist offensichtlich so, als wenn vom Bundesinnenminister eine Nachrichtensperre zur Grenzkriminalität verhängt wurde. Ein Beleg dafür ist die Tatsache, daß das Bundesin-

nenministerium hinsichtlich der genauen Zahl unerlaubter Einreisen in Erklärungsnot geriet. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hingegen spricht von einem „massiven Ansteigen illegaler Migration ... nach dem Wegfall der Grenzkontrollen“.

Polnische Medien berichteten, daß es in den ersten vier Wochen nach der Grenzöffnung zu schätzungsweise 1.000 Festnahmen kam, obwohl nur jeder Zehnte gefaßt werde. Die Aufbewahrungsstellen der polnischen Polizei für gestohlene KFZ plätzen aus allen Nähten. Der Zigarettenschmuggel stieg um das Fünzigfache, und das trotz kaum noch vorhandener Kontrollen! Von all dem erfuhr das Volk natürlich nichts.

**Welche Konsequenzen zogen sie daraus?**

Wir haben von der Landesregierung eine durchschaubare

Nachrichtenpolitik gefordert und die Offenlegung aller Kosten für Asylanten verlangt. Auch das wurde ohne Rücksicht auf deutsche Interessen abgelehnt.



## Deutschland schützen!

Kein Tag vergeht, an dem die Herrschenden nicht auch in unserem Land mit einer Penetranz ohnegleichen die multikulturelle Gesellschaft beschwören. Sie wollen das deutsche Volk und die deutsche Kultur in einer Misch-Gesellschaft/Kultur einschmelzen. Natürlich ließe sich eine solche schmelztiegelartige Gesellschaft leicht beherrschen. Ob es Deutsche gibt oder nicht, ob wir zu Fremden im eigenen Land werden, interessiert die Altparteien nicht.

Die NPD-Landtagsfraktion forderte deshalb die „Demokraten“ mit zwei Anträgen zu einem konsequenten Politikwechsel auf.

In einem der Anträge heißt es u.a.: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich alle Programme und Zuwendungen zur Förderung der multikulturellen Gesellschaft einzustellen. Die frei werdenden Mit-

tel sind für Maßnahmen zur Bewahrung der nationalen Identität zu verwenden.“ Der Tenor des zweiten Antrages lautete: „Anti-Germanismus bekämpfen“. Mit ihm sollte dem Deutschenhaß, der sich im Zuge der massiven Überfremdung breitmacht, konsequent bekämpft werden.

Der katastrophale Zustand in deutschen Großstädten mahnt zum Handeln. Noch haben wir in MV keine ausländischen Ghettos mit Parallellgesellschaften, die Angst und Gewalt verbreiten. Der Ausländeranteil ist eher gering. Noch kann man das Ruder rumreißen.

Das sahen die Vertreter der Systemparteien anders, sie lehnten die Vorschläge ab. Dabei lautet ihr Eid doch eigentlich: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde.“





**Landwirtschaft**

„Mecklenburg und Pommern werden nur zu neuer Blüte reifen, wenn das natürliche Bauerntum wiederbelebt wird. Ein gesundes Bauerntum wird auch für Arbeit in unserer Heimat sorgen. Seine Erneuerung steht im engen Zusammenhang mit der Siedlungspolitik und der Wiederbelebung des ländlichen Raums und dem Aufhalten des Bevölkerungsschwundes. Das Bauerntum ist nicht Teil, sondern Voraussetzung der Volkswirtschaft und seine Arbeit sichert die Ernährung des Volkes.“ *Raimund Bormann*



**Umwelt- und Heimatschutz**

„Der Mensch kann nur im Einklang mit der Natur leben! Das ist aber nur möglich, wenn er endlich seine Selbstüberschätzung ablegt und die Lehre von der Ökologie ganzheitlich anwendet. Ebenso wie wir mit wirtschaftlichen Ressourcen sparsam umgehen müssen, sollten wir lernen, mit den Ressourcen der Natur sorgsam umzugehen. Von Geburt an muß dem Menschen beigebracht werden die Natur zu achten – und zu erkennen, daß nur in Übereinstimmung mit ihr ein Leben möglich ist.“ *Udo Pastörs*

**LANDWIRTSCHAFT**

**Ökologischen Landbau fördern**

Visionen und Konzepte zu haben, ist eine wesentliche Aufgabe der Politik. Die NPD-Fraktion hat klare Vorstellungen von der Entwicklung Deutschlands und seiner Regionen. Ihr Antrag zur Förderung des ökologischen Landbaus gehört dazu. Die Nationalen haben sich einer gesunden Landesentwicklung mit guter Nahrung statt Monokulturen, Artensterben und Gentechnik verschrieben.

Anders bei den pseudo-demokratischen Parteien. Sie ergeben sich den Vorgaben aus Brüssel, also der Agro-Chemie, den Patentrechten auf Lebewesen und der Allmacht internationaler Konzerne. Dagegen nimmt die NPD den Kampf auf. Sie vertritt eine alternative Politik: Sie fordert die umfassende und nachhaltige Förderung des ökologischen Landbaus.

**Raimund Bormann**  
Sprecher für Umwelt und Landwirtschaft



**EU-Wahnsinn zerstört unser Handwerk**



**Deutsche Fischer schützen!**

Im Jahr 1990 gingen in Mecklenburg und Pommern noch 6.242 Küstenfischer ihrer Arbeit nach. Dank des Raubtierkapitalismus und der EU-Fremdbestimmung sind davon heute noch 396 Haupterwerbsfischwirte übrig geblieben. Ihr karges Einkommen ringen die deutschen Seeleute den stetig schwindenden Fischbeständen an der Ostseeküste ab. Hinzu kommt, daß die EU-Kommission jährlich eine bestimmte Fangmenge vorgibt, die absolut bindend ist und einem Korsett gleicht.

Die NPD identifiziert sich ohne Wenn und Aber mit den deutschen Fischern, für die sie bereits drei Anträge in den Landtag einbrachte.

In zwei Initiativen mit den Titeln „Deutsche Ostseefischerei sichern“ und „Piratenfischerei polnischer Fangflotten in der Ostsee verurteilen – EU-Auflagen durchsetzen“ leistete sie einen Beitrag für den Erhalt der deutschen Ostseefischerei. Die polnische Fischerei wird trotz Übertretung der

Fischfangquote von der EU nicht sanktioniert. Die Polen sollten aufgefordert werden, sich an die Fangquoten zu halten und die Ostsee nicht länger leerzufischen. Da dies nicht geschah, forderten die Nationalen in einem zweiten Vorstoß, die EU-Fangquoten für den Rest des Jahres 2009 dann auch für Deutsche nicht anzuerkennen.

In einem dritten Antrag forderte die nationale Opposition, die Kormoran-Population im Land zu verringern. Die er-

höhte Kormoran-Population ruft erhebliche Fangausfälle hervor. Durch den erhöhten Bestand in MV werden von den leidenschaftlichen Fischfressern jährlich ca. 10.000 Tonnen Fisch aus den Gewässern geholt.

Das Küstenland Mecklenburg-Vorpommern also bald ohne einheimische Fischer? Ginge es nach dem Willen der Blockparteien, dann Ja! Denn sie stimmten bei allen Anträgen mit „Nein“.



Der Fraktionsvorsitzende Pastörs im Gespräch mit einem Fischer

**Gerecht handeln - Gerecht leben!**

Unter diesem Leitspruch stand ein Antrag, mit dem die NPD eine Kennzeichnung für Milch und andere landwirtschaftliche Produkte forderte, die gerecht gehandelt werden. Das heißt, die Molkereien sollen für die Milch einen Preis bezahlen, von dem die Erzeuger auch leben können.

Der Bauer sollte normalerweise seine Produkte zu einem Preis verkaufen können, mit dem er seine Kosten decken und seinen Lebensunterhalt finanzieren kann. Noch ist dies nicht überall der Fall, die Preise werden von den Multis diktiert. Große Einzelhandelsketten nutzen ihren Marktanteil und üben Druck auf die Einkaufspreise aus.

Um die wenigen Ausnahmen sichtbar zu machen, sollte eine Kennzeichnung eingeführt werden, die auf Produkten aus Mecklenburg und Vorpommern angebracht werden kann, - wenn diese

gerecht gehandelt werden. Damit würde der Kunde die Wahlmöglichkeit haben, Produkte zu kaufen, die Arbeitsplätze im Land schaffen und das Überleben der Bauern und ihrer Familien sichern helfen.

Den Globalisierern des „demokratischen Blocks“ paßte das nicht in den Kram. Sie unterstützten durch ihre Politik des Wegsehens lieber das Bauernsterben.



**UMWELT- UND HEIMATSCHUTZ**

**Genfraß - Nein Danke!**

Mit der Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut auch in MV sind internationale Großkonzerne und Globalisierungs-Fanatiker ihrem Ziel, die ganze Welt auszubeuten, einen Schritt näher gekommen. Skrupellos plündern sie Völker und Rohstoffe aus. Auf gewissenlose Weise wird die Gesundheit der Menschheit durch die Freisetzung von Gen-Technik gefährdet. Die Folgen sind unvorhersehbar. Einmal ausgebrachtes gentechnisch verändertes Saatgut verbreitet sich unweigerlich auf die übrige Umwelt – es gibt keine Grenzen bei Gentechnisch Veränderten Organismen (GVO).

Die NPD-Fraktion ist die einzige Partei, die sich sowohl im Landtag als auch im außerparlamentarischen Raum gegen die Veränderung von Organismen durch Gentechnik einsetzt. Bisher brachte sie sechs Anträge gegen GVO ein. Themen waren unter anderem:

► „Verbot der Ausbringung von gentechnisch manipuliertem Saatgut“

► „Gen-Mais MON 810 unverzüglich vernichten - Freisetzungsgene gentechnisch veränderter Amflora-Kartoffeln stoppen“

► „GEN-Mais MON 810 durch Weisung der Landesbehörden für den Einsatz als Futtermittel in Mecklenburg-Vorpommern untersagen“

► „Der Novellierung des Gentechnik-Gesetzes im Bundesrat nicht zustimmen“

► „Verbot der Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen in Mecklenburg-Vorpommern“

► „Verbot der energetischen Verwertung von Lebensmitteln“.

Der Mensch hat nicht das Recht, die Natur zu manipulieren! Das sehen CDU/SPD/Linke/FDP anders. Sie lehnten sämtliche Vorstöße ab. Beeindrucken läßt sich die nationale Opposition davon jedoch nicht und bleibt auch an diesem Thema dran.

**NPD-Fraktion wehrt sich gegen Steinkohlekraftwerk**

Nicht jede Investition ist ein Segen für unser Land. Das Steinkohlekraftwerk des dänischen Investors Dong Energy macht es deutlich. Zu Hause ist der Energieriese unerwünscht – in der BRD, zumindest bei den Blockparteien, willkommen. Denn CDU-Vorstellungen zufolge ist sozial, was Arbeit bringt. Probleme wird es nicht geben, so die Botschaft aus der Abteilung Spaßpolitik - auch nicht für den Tourismus und erst recht nicht für Mensch und Natur. Die SPD leistet sich vor lauter Selbstbeschäftigung lieber gar keine Meinung oder schließt sich im Zweifel der CDU an. Bei der Linken und der FDP scheint ebenfalls kein wirkliches Interesse am Stopp des Abenteuers Lubmin zu bestehen.

Die NPD-Landtagsfraktion wollte das Projekt zu einer unerwünschten Investition erklären und so den Bau des Kraftwerkes stoppen. Denn die umweltbelastende Technologie des Konzerns darf in unserer Heimat nicht zur Anwendung kommen, weil die Folgeschäden wieder einmal dem Volk aufgebremmt werden, während die Gewinne ins Ausland abfließen.

Um solche umweltpolitisch katastrophalen Projekte künftig zu verhindern, legte die NPD im März 2009 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und des Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft vor.

**Ordnungsruf?**

Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig Ausdrücke und Redewendungen willkürlich als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen des

Präsidenten. Und so ernten unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt, den ernten wir gern! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemandem den Mund verbieten.

So hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am trefendsten.

**Info-Gutschein**

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Ich möchte das Mitteilungsblatt „Der Ordnungsruf“ abonnieren.

**NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern**  
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21